

Tages-Anzeiger

Die unabhängige schweizerische Tageszeitung

Freitag
14. Februar 2014

Fr. 3.50, Ausland: € 3.00 / AZ 8021 Zürich
122. Jahrgang Nr. 37

Sotschi 2014 Der Psychologe der Schweizer Athleten kategorisiert seine Klientel: Es gibt Hunde und Enten. 44-48

Ahoi In knapp zwei Monaten steht der Hafenkran am Limmatquai. Der Rosthaufen kommt aus Rostock. 15

Kunst Die wahren Meister Afrikas erkennt man an den Nasen ihrer Werke. 25



Nun zieht Blocher über die Städter her

Nach der Kritik an den Romands nimmt der SVP-Strategie die politische Gesinnung der Städter ins Visier. Mit niedergelassenen Ausländern ist er grosszügig: Sie dürfen vom Inländervorrang profitieren.

Von Raphaela Birrer und Andreas Valda «Ein inakzeptabler Affront», «eine schockierende Aussage!», «ein widerliches Vorgehen»: Die Reaktionen auf die Aussagen von Christoph Blocher vom Mittwoch fallen in der Romandie heftig aus. In einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» bekräftigt der SVP-Strategie, dass Romands «weniger Bewusstsein für die Schweiz haben» als Deutschschweizer. Das sei «eine Feststellung, kein Vorwurf». Ähnlich sieht er die Stadtbewohner: «Die politische Ausrichtung der Städte ist leider grün-links. Die wollen wie die SP in die EU.» Den hohen Ja-Anteil in den ländlichen Regionen begründet er mit dem Recht auf Selbstbestimmung: «Der Dörf-

ler will unter sich sein, selbst bestimmen und nicht, dass sein Land weiter überbaut wird», lobt Blocher.

Die Kündigung bilateraler Verträge mit der EU sieht Blocher nur als «Worst Case» an. Er glaubt, Industrie- und Transportfirmen in der EU würden sich bei ihren Regierungen für den bilateralen Weg einsetzen. Die Aussagen von EU-Vertretern, der Aufenthalt von Schweizern in der EU sei infrage gestellt, hält er für leere Drohungen. Ebenso wenig sieht er Abkommen für Forschung und den universitären Austausch von Studenten in Gefahr. Die Prognosen der Credit Suisse, die einen Einbruch der Wirtschaft vorhersehen, hält er für «Unsinn». Einzig

Nach dem Ja zur SVP-Initiative

Kommentar: Die Attacke gegen die Welschen kommt zur Unzeit. - Seite 2

Interview: «Für die Wirtschaft hat sich nichts wesentlich geändert», sagt Blocher. - Seite 4, 5

Analyse: Es ging nicht zuletzt um den Konflikt zwischen Mittelmass und Elite. - Seite 11

die Bauwirtschaft könnte unter den Folgen der SVP-Initiative leiden: «Wenn weniger zuwandern, wird die Bauwirtschaft sicher klagen.» Dies sei hinzunehmen, ebenso wie die grössere Bürokratie bei Arbeitsbewilligungen. Er garantiere der Wirtschaft aber, dass sie die Kontingente

erhalte, die sie brauche. Ausländern, die seit mindestens einem Jahr in der Schweiz leben, sichert Blocher zu, dass sie bleiben können. Sie würden zu den «Schweizerinnen und Schweizern» gezählt und profitierten vom Inländervorrang bei der Stellensuche.

Maurer steht bereit

Bundesrat Ueli Maurer sagte gestern gegenüber der Nachrichtensendung «10 vor 10», er wäre nach dem Ja zur SVP-Initiative bereit, für die Schweiz in Brüssel zu verhandeln. Voraussetzung dafür wäre ein Auftrag des Gesamtbundesrates. Zudem forderte er einen zweiten SVP-Sitz in der Landesregierung.

Heute

Schweiz

Erneut Informatikprojekt des Bundes kritisiert

Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat erneut ein Informatikprojekt des Bundesamtes für Strassen (Astra) kritisiert. Es geht um das Buchhaltungs- und Controllingsystem für Autobahnprojekte, bei der die Finanzkontrolle verschiedene Risiken und Mängel rügte. Die Anwendung wurde von der Firma Techdata geliefert, in der Astra-Direktor Rudolf Dieterle früher als Geschäftsführer amtierte. - Seite 7

St. Gallen

Geothermieprojekt muss angepasst werden

Um das Geothermieprojekt der Stadt St. Gallen herrscht Ernüchterung: Der Zufluss von heissem Wasser in 4000 Meter Tiefe beträgt nur etwa 10 Prozent der erhofften Menge - zu wenig für das geplante Erdwärmekraftwerk. Trotzdem will der Stadtrat das Projekt weiterverfolgen. Infrage kommt nun die Förderung von 145 Grad heissem Wasser und von Erdgas über eine oder zwei Tiefenbohrungen. - Seite 7

Zürich

Bürgerliche feiern Sieg im Kampf um Steuersenkung

Die Bürgerlichen haben im Kampf um tiefere Steuern im Kanton Zürich für sehr gut Verdienende einen Etappensieg errungen. Die Kommission stimmte einem neuen Steuerpaket zu. Darin wird die Streichung des «13ers» vorgeschlagen, der obersten Belastungsstufe im Steuergesetz. Ähnliche Vorstösse wurden in den letzten 20 Jahren reihenweise abgelehnt - zuletzt 2011. - Seite 15

Wirtschaft

Pharma will mit neuen Regeln Klagen verhindern

Die Pharmaindustrie steht wegen ihrer Marketingpraktiken in der Kritik - und sie muss wegen Klagen Milliardenbussen bezahlen. Allein zwischen 2009 und Mitte 2012 mussten Konzerne über 15 Milliarden Dollar an die US-Justizbehörden abliefern. Nun will die Branche mit neuen, selbst auferlegten Regeln ihr Image aufpolieren. Diese wurden Anfang Jahr erneut verschärft. - Seite 41

Kommentare & Analysen

«Das Hin und Her zeigt: Der Fall Carlos dreht sich im Kreis.»

Benno Gasser über die Probleme der Behörden mit dem jugendlichen Straftäter. - Seite 15

Der neue GC-Präsident bringt dringend nötige Ruhe in den Zürcher Verein. - Seite 43

Service

Wetter	12
Leserbriefe	13
Todesanzeigen	22
Fernsehprogramme	30, 31
Veranstaltungen	33
Rätsel	37
Börse	42

Die Flut steigt - und mit ihr der Unmut



Foto: Rob Stothard (Getty Images)

Nach wochenlangen Regenfällen stehen im Süden Englands ganze Landstriche unter Wasser. In Worcester (Bild) liegt der Pegel des nahen Flusses drei Meter über Normalstand. Betroffene fühlen sich von der Regierung allein gelassen. - Seite 10

Drängen auf zügige Umsetzung

Das Ende des Schweizer Bankgeheimnisses rückt einen Schritt näher: Die OECD hat gestern einen globalen Standard für den automatischen Informationsaustausch (AIA) von Bankkunden Daten vorgelegt. Dieser könnte dereinst auch für die Schweiz gelten.

SP-Präsident Christian Levrat fordert ein beschleunigtes Verfahren, damit das Parlament bereits diesen Herbst darüber befinden kann. Die Finanzpolitiker der übrigen Parteien - mit Ausnahme der SVP - teilen im Grundsatz die Haltung

Levrats. Der Zürcher FDP-Nationalrat Ruedi Noser verlangt ebenfalls ein zügiges Umsetzen: «Wir dürfen nicht wieder zu den Letzten gehören.» SVP-Vizefraktionschef Thomas Aeschi hingegen findet, es mache «für die Schweiz keinen Sinn», die Forderungen der OECD rasch umzusetzen, solange nicht klar sei, ob auch die USA am Standard teilnehmen. Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen hält eine Einführung auf 2018 für realistisch. (TA/SDA)

Kommentar und Berichte Seite 39

Italiens Premier Letta tritt zurück

Enrico Letta ist im parteiinternen Machtkampf seinem Parteichef Matteo Renzi unterlegen: Nach knapp zehn Monaten im Amt tritt der italienische Ministerpräsident zurück und macht Platz für Renzi. Letta werde heute Staatspräsident Napolitano sein Entlassungsgesuch übergeben, teilte sein Büro gestern mit. Italien brauche eine neue Regierung, sagte Renzi. Neuwahlen seien derzeit jedoch nicht im Sinne des Landes. (SDA)

Analyse Seite 9

Ethiker für Samen- und Eizellenspenden

Eine Mehrheit der Nationalen Ethikkommission (NEK) empfiehlt die Zulassung der Eizellenspende aus Gerechtigkeitsgründen. In einer Stellungnahme zur medizinisch unterstützten Fortpflanzung, die sie gestern den Medien präsentierte, plädiert die NEK zudem dafür, dass auch unverheiratete und gleichgeschlechtliche Paare auf eine Samenspende zurückgreifen können. Die bestehende Regelung hält die NEK für diskriminierend. (SDA) - Seite 38



1 4 0 3 7

Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich

Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Inserate Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo-Fr 8-12 und 13-17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch

Leserbriefe www.tagesanzeiger.ch/leserforum